

noch einmal der Diskussion der Frage nach der Angemessenheit eines evolutionären Ansatzes und nach der Rolle von Akteuren, Institutionen, Staaten usw. in einem solchen Ansatz zu.

Die Sprache ist klar und verständlich, der Aufbau plausibel. Die unorthodoxe Herangehensweise wird ausdrücklich reflektiert, ihre Vorzüge ebenso wie ihre Grenzen werden hervorgehoben. Das sollte auch für Studierende leicht zugänglich sein und ist sowohl bezüglich der Fallbeispiele als auch methodologisch instruktiv. Zu betonen ist allerdings, dass die Transparenz der Untersuchung besonders die Grenzen des Ansatzes deutlich zeigt: Die angebotenen „narratives“ sind mehr oder weniger plausibel; methodologische Kriterien, die eine Entscheidung zwischen ihnen und möglichen alternativen „narratives“ begründen könnten, werden aber nicht geliefert. Zudem enthalten die „narratives“ zahlreiche Aussagen über – relativ simpel scheinende – Kausalbeziehungen, ohne dass die zugrunde liegenden Hypothesen oder Theorien offen gelegt und diskutiert würden, was zur Warnung des Autors vor simplen Kausalhypothesen zur Erklärung hochkomplexer Makrophänomene nicht gut zu passen scheint. Und gerade wenn man *Steinmos* Diagnose der Schwierigkeiten des Umgangs mit komplexen Phänomenen, an deren Zustandekommen nicht nur zahlreiche vermutlich oft interdependente Wirkungsfaktoren, sondern auch Handlungen beteiligt sind, die bekanntlich intendierte, aber auch unintendierte Wirkungen haben können, zustimmt oder wenn man seine Argumente für die Nützlichkeit eines evolutionären Ansatzes akzeptiert, wird man das Fehlen konstruktiver Methodenhinweise bedauern. Die am Ende stehende bloße

Hoffnung, dass eine mögliche positive Entwicklung tatsächlich eintreten möge, befriedigt nicht.

Wie gesagt: Der Band wirft Fragen auf, die man gerne mit dem Autor diskutieren würde, fordert Widerspruch heraus: Die Provokation zur Diskussion ist gelungen.

Ruth Zimmerling

Zittel, Thomas. *Mehr Responsivität durch neue digitale Medien?. Die elektronische Wählerkommunikation von Abgeordneten in Deutschland, Schweden und den USA*. Baden-Baden. Nomos 2010. 268 Seiten. 49 €.

Noch jeder größere technologische Wandel hat die Phantasie belebt, auch in der Politik. Dabei stehen aufklärerische Hoffnungen neben apokalyptischen Befürchtungen. Das betrifft den Traum, dass mit der Digitalisierung die technische Infrastruktur zu der schon von Kant propagierten Chance zur Selbstaufklärung des Publikums gegeben sei ebenso wie die Furcht, dass Orwell'sche Visionen schon längst Wirklichkeit geworden seien. Was der über die Jahre stark normativ geprägten Debatte über die „elektronische Demokratie“ lange gefehlt hat und weithin noch fehlt, ist der nüchterne, auf empirische Befunde gestützte Blick auf konkret zu untersuchende Wirkungszusammenhänge einer „digitalen Revolution“ in politischen Kontexten. Erschwerend erweist sich dabei die Tatsache, dass die Änderungsgeschwindigkeit des technologischen Wandels die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dessen Folgen nicht selten überholt. Das gilt für die Frage nach den kurz- und langfristigen Wirkungen des Einsatzes digitaler Medien auf das

politische Verhalten von Bürgern, für die Frage nach Einflüssen auf das Handeln von politischen Akteuren und auf den politischen Prozess, wie vor allem auch für die Beschäftigung mit den Folgen einer internetgestützten Interaktion zwischen Bürger und Politik. Nicht zuletzt stellt sich in diesem Zusammenhang ganz grundsätzlich die Frage nach der Relevanz politisch-institutioneller Kontextbedingungen und systemischer Faktoren, vor allem dann auch in systemvergleichender Perspektive. Wer sich für diesen politik- und kommunikationswissenschaftlichen relevanten Problemkomplex interessiert, findet in *Thomas Zittels* nunmehr als Buch vorliegender Habilitationsschrift eine fundierte Basis.

Verdiente die Relevanz elektronischer Demokratie unter zivildemokratischer, direktdemokratischer und repräsentationsdemokratischer Perspektive untersucht zu werden, so konzentriert sich *Zittel* ganz auf die allen reifen Demokratien eignende repräsentationsdemokratische Dimension. Im Zentrum seines theoretischen Teils steht die Durchforstung der internationalen Debatte zur Repräsentationstheorie. Dabei fokussiert sein Erkenntnisinteresse auf mögliche Wirkungszusammenhänge zwischen der Nutzung digitalisierter Informations- und Kommunikationstechnik und dem in drei demokratischen Systemen unterschiedlich ausgeprägten Responsivitätsverständnis bzw. der entsprechend differenten Responsivitätspraxis. Die Frage nach möglichen Einflüssen medientechnischer Innovationen auf Parteienkommunikation und Wählerkommunikation stehen im Mittelpunkt seines Untersuchungsinteresses. Seine demokratie- und vor allem repräsentationstheoretischen Überlegungen münden in ein empirisches

Modell elektronischer Demokratie. In *Zittels* Untersuchungsrahmen wird die direkte elektronische Wählerkommunikation (Mediennutzung, Wählerinformation und -interaktion) als abhängige Variable und werden systemische Faktoren (parlamentarisches vs. präsidentielles System), besondere Merkmale des Wahlsystems, sozialer Wandel (Informationsgesellschaft) sowie der in der Nutzung erkennbare Generationenwandel (Parlament, Eliten) als unabhängige Variablen modelliert. Das Modell wird schließlich im zweiten Teil der Studie, in dem sich der Verfasser eines Methodenmix aus quantitativen und qualitativen Untersuchungsschritten bedient, einem systematischen empirischen Test unterzogen.

Nach einer, auf die internationale Forschungsliteratur gestützten, Auseinandersetzung mit der repräsentationstheoretischen Diskussion und damit verbundenen systemspezifischen Responsivitätsbedingungen für Abgeordnete des Deutschen Bundestages, des Schwedischen Reichstages und des US-Repräsentantenhauses untersucht *Zittel* jeweils synchron und dann auch diachron vergleichend für die Jahre 2000 (N=1453) und 2004 (N=1385) deren Internet-Nutzungsverhalten. Im Mittelpunkt steht dabei die inhaltsanalytische Bewertung der Informationshaltigkeit von persönlichen Abgeordneten-Webseiten zur Wählerinformation und zur Wählerinteraktion, wobei auch in beiderlei Hinsicht dysfunktionale Internetangebote identifiziert werden. Einen zweiten, empirisch-qualitativen Schwerpunkt bilden 73 Leitfadeninterviews mit Abgeordneten der drei Parlamente.

Trotz generell zu beobachtendem Anpassungsdruck an die neuen digitalen Medien identifiziert *Zittel* – sicherlich

kaum überraschend – nicht nur unterschiedliche Nutzergenerationen bei den Abgeordneten. Er kann auch nachweisen, dass der Einsatz des Internet als Responsivitätsplattform in hohem Maße von strategischen Nutzenkalkülen und dann insbesondere von institutionellen Kontextfaktoren (insbesondere Wahlsystem und Regierungssystem) abhängt. Seine, Abgeordnete aus drei Parlamenten einbeziehende, vergleichende Analyse unterstreicht einmal mehr, dass technikdeterministische Spekulationen zu den politischen Folgen des Internet, seien sie demokratieoptimistisch oder -pessimistisch angelegt, in der Regel fehl am Platze sind. Die Studie kann insofern auch als theoretisch und empirisch fundierte Warnung vor vorschnellen Übertragungen technologisch-politischer Entwicklungsverläufe von einem politischen System (z. B. USA) in ein anderes (z. B. Schweden und Deutschland) gelesen werden.

Einmal mehr zeigt sich die mangelnde Aussagekraft der populären, in der politischen Kommunikationsforschung inzwischen allerdings eher kritisch diskutierten Amerikanisierungsthese. Als zu stark und strukturbildend erweisen sich doch institutionelle Faktoren und systemische Kontextbedingungen für die Kommunikationspraxis. Das betrifft die Differenzen zwischen den parteiendemokratischen Strukturen ebenso wie die aus einem völlig unterschiedlichen Abgeordneten-Selbstverständnis resultierende Responsivitätspraxis in der amerikanischen Präsidialdemokratie einerseits und in exekutiv dominierten parlamentarischen Regierungssystemen andererseits. So verfügen Abgeordnete des Repräsentantenhauses über große Mitarbeiterstäbe, die sie in der Rolle

als Wahlkreislobbyisten unterstützen. Demgegenüber begreifen sich Mitglieder des Deutschen Bundestages viel stärker als Repräsentanten ihrer Partei. Beide politisch-institutionellen Kontexte üben in Verbindung mit wahlsystemischen Differenzen erkennbar unterschiedliche Anpassungszwänge aus. Bei aller Vergleichbarkeit der kommunikationstechnologischen Ausstattung dürften auch in absehbarer Zukunft in der kommunikationspolitischen Praxis alle Konvergenzthesen eine Chimäre bleiben. Systemübergreifend desillusionierend ist Zittels Studie allerdings in einer Hinsicht: Das – wiederum technisch gegebene – interaktive Potential spielt durchgehend eine eher marginale Rolle. Dieser ernüchternde Befund verdient umso mehr Interesse, als inzwischen auch Web 2.0 als politische „Mitmach-Plattform“ das Potential zu einer neuen Qualität von Bürger-Politik-Interaktion zugeschrieben wird.

Welche Bilanz lässt sich ziehen? Angesichts der nach wie vor unbefriedigenden Forschungslage kann Thomas Zittels Habilitationsschrift als ein politikwissenschaftlicher „Leuchtturm“ in der politischen Kommunikationsforschung bezeichnet werden. Dafür gibt es vor allem vier Gründe: Seine Studie ist theoretisch anspruchsvoll und zugleich empirisch fundiert. Systemvergleichend angelegt macht sie den schwierigen Versuch, die Dynamik der nicht nur technologischen Entwicklung mit zwei – wenn auch zeitlich relativ eng beieinander liegenden – Untersuchungszeitpunkten zu erfassen. Angesichts einer inzwischen stark ausdifferenzierten und kommunikationswissenschaftlich dominierten Forschungsdiskussion macht die Studie auf exemplarische Weise erkennbar, was spezifisch politikwissenschaftliche

Interessen sind, wenn es um die Beschäftigung mit den Folgen digitaler Medien geht.

Ulrich Sarcinelli

## Politische Soziologie

Pally, Marcia. *Die Neuen Evangelikalen in den USA. Freiheitsgewinne durch fromme Politik*. Berlin. Berlin University Press 2010. 353 Seiten. 29.90 €.

Unter der Regierung des Präsidenten George W. Bush konnte außerhalb der USA wohl der Eindruck entstehen, als ob es die fundamentalistisch radikalisierte evangelikale Richtung des amerikanischen Protestantismus gewesen wäre, die für dessen militant-unilaterale Außenpolitik das ideologische Rückgrat geliefert hätte. Die Gleichsetzung von Fundamentalismus und Evangelikalismus stimmte schon unter Bush nicht und ist jetzt vollends überholt, hat sich doch unter dem Eindruck von Bushs Scheitern innerhalb der Evangelikalen eine wesentlich liberalere Richtung durchgesetzt. Mit diesen „New Evangelicals“ befasst sich die an der New York University lehrende Professorin für Multilingual Multicultural Studies *Marcia Pally*. Sie zeigt, dass der Evangelikalismus historisch auf einen radikal anti-autoritären religiösen Individualismus zurückgeht, der in Anlehnung an den europäischen Pietismus mit der Trennung von Staat und Kirche auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der USA Ernst machen wollte. Ein ausgeprägt soziales Engagement kennzeichnete den Evangelikalismus dann mit Beginn der industriellen Revolution. Die „Bekehrung“ dieser historisch eher nach „links tendierenden religiösen Bewegung zu ausgesprochen

konservativen Positionen“ führt die Verfasserin im Einklang mit der Historiographie dann auf den konservativen „Gegenstoß“ (backlash) der späten sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Durch die Abkehr der zeitgenössischen Protestbewegung von den traditionellen amerikanischen Werten verschreckt, orientierte sich die Mehrheit der Evangelikalen in jenen Jahren jetzt entschieden nach rechts und ging ein immer engeres Bündnis mit der Republikanischen Partei ein, das schließlich die von ihnen traditionell eingeforderte Trennung zwischen Politik und Religion in Frage stellte. In diesem Sog gerieten die verbliebenen liberalen Evangelikalen in eine hoffnungslose Minderheit.

Ein Wandel ist nach der Verfasserin erst unter dem Eindruck der Misserfolge der Bush-Administration eingetreten. Immer mehr Evangelikale seien als „New Evangelicals“ jetzt wieder zu ihrer eigenen eher liberalen politischen Kultur zurückgekehrt. Die Verfasserin widmet ihr Buch – mehr ein Traktat als eine streng wissenschaftliche Untersuchung – den theologischen und praktischen Folgen dieser Rückwendung der „New Evangelicals“ zu einer mehr zum Dialog bereiten, pluralistischer orientierten und toleranteren Einstellung. Diese neue Richtung, so betont sie, lasse auch die Objekte bisherigen evangelikalen Abscheus wie Abtreibung oder Homosexuellen-Ehen in milderem Licht erscheinen, bestehe bei der staatlichen Förderung kirchlich-karitativer und erziehungspolitischer Bestrebungen auf einer klareren Trennung zwischen Staat und Kirche und habe darüber hinaus das sozialpolitische Engagement ihrer Vorgänger erneuert, so dass sich liberal-sozialer